

2.3. Die Sozialisierungsdebatte im ersten gewählten Landtag am 2. und 3. August 1947

Nach der Regierungsbildung im Juli 1947 brachte die SPD-Fraktion zwei Anträge in den Landtag ein, die sich mit der Überführung des Eigentums an der Kohlenwirtschaft in Landeseigentum befassten.

Antrag Nr. 68 „der SPD-Fraktion betreffs Aufhebung der von der Militärregierung angeordneten Beschlagnahme der Kohlenwirtschaft“ beinhaltet das Ersuchen des Landtages, die „Beschlagnahme des Eigentums an der Kohlenwirtschaft aufzuheben und das Eigentum an das Land zwecks Sozialisierung zu übertragen (...), um sichere rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse in der Kohlenwirtschaft herzustellen (...)“. Im Antrag wird weiter ausgeführt, dass „eine baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse des Bergbaus (...) eine der Grundvoraussetzungen für die Gesundung der Kohlenwirtschaft sei“. Die Einflussnahme unkontrollierbarer Privatinteressen auf die Kohlenwirtschaft müsse verhindert werden.¹

Der zweite Antrag der SPD-Fraktion beinhaltet den Entwurf eines Gesetzes zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Das Eigentumsrecht an Anlagen und Vermögen sollte vom Land einer Selbstverwaltungskörperschaft der Kohlenwirtschaft unterstellt werden, die ihrerseits der Landesregierung untersteht. Die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft am Aufbau der Selbstverwaltung durch Gewerkschaftsvertreter wurde in dem Gesetzentwurf ebenfalls festgelegt. Der Kohleabbau und die –veredelung oblagen dem Antrag zufolge ausschließlich der Selbstverwaltung Kohle.

Das Organ der Selbstverwaltungskörperschaft sollte ein aus 30 Mitgliedern bestehender Kohlenrat sein, der sich aus Vertretern des Landtages der Gewerkschaften, aus Vertretern der Leitung von Bergbauunternehmungen, aus Vertretern der Gemeinden und der übrigen Wirtschaft zusammensetzte.

Aufgabe des Kohlenrates sei die Umgestaltung der Unternehmen, die dazu notwendige Enteignung der ehemaligen Besitzer, sowie die Überführung der Betriebe nach Gesichtspunkten gemeinwirtschaftlicher Ertragsfähigkeit in selbständige Unternehmungen.²

In der „Freien Presse“ vom 2. August 1947 werden unter der Überschrift „Sozialisierung der Kohlenwirtschaft gefordert“ die beiden Anträge zusammengefasst, aber nicht weiter kommentiert.³ Ebenso wird in der „Westfalen-Zeitung“ vom 1. August 1947 eine Zusammenfassung der sozialdemokratischen Anträge abgedruckt.⁴

¹ Landtagsdrucksachen, 1. Wahlperiode, Dokument Nr. II-68, S. 2.

² Landtagsdrucksachen, 1. Wahlperiode, Dokument Nr. II-69, S. 2f.

³ „Freie Presse“ vom 2. August 1947, 2. Jahrgang 1947.

⁴ „Westfalen-Zeitung“ vom 4. August 1947, 2. Jahrgang 1947.

In der „Rhein-Ruhr-Zeitung“ vom 4. August 1947 wurde unter der Schlagzeile „Ernährungs- und Sozialisierungsfragen vor dem Landtag“⁵ über die einstimmig angenommene EntschlieÙung bezüglich des Ersuchens an die Militärregierung, die Beschlagnahme der Kohlengruben aufzuheben, berichtet. Es heißt in diesem Artikel, dass das wirkliche Sozialisierungsprogramm durch einen Gesetzentwurf der SPD von neuem aufgegriffen worden sei. Dabei habe sich die SPD darum bemüht, den von der KPD vorgebrachten Verstaatlichungsgedanken abzumildern.

Im Artikel wird aus der Rede des Zentrumsabgeordneten Johannes Brockmann die Äußerung referiert, in der er den SPD-Entwurf als einen konstruktiven Diskussionsbeitrag gewertet habe, da die Möglichkeit, den Entwurf auch ohne den Verstaatlichungsgedanken auszuführen, neue Ansatzmöglichkeiten böte. In seiner Rede sagte Johannes Brockmann, dass die Zentrumspartei bereit sei, „positiv und praktisch im Ausschuss – (...) an der weiteren Gestaltung des uns von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf mitzuarbeiten“⁶.

Auf die Rede des CDU-Abgeordneten Ernst hin, der am ersten Tag der Debatte „die Ablehnung der Verstaatlichung hervorgehoben hatte“⁷, wurde in dem Artikel bemerkt, dass trotz der Betonung des gemeinwirtschaftlichen Aspekts des CDU-Programms, eine „spürbare Atmosphäre des Misstrauens“ im Landtag zu bemerken war.

In der Landtagsdebatte hatte der CDU-Abgeordnete die Übereinstimmung aller Parteien über eine wirtschaftliche Neuordnung hervorgehoben, und festgestellt, dass es lediglich Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Eigentümer und Eigentumsverhältnisse gebe. Dabei betonte er, dass die von der SPD angestrebte Überführung des Eigentums in die Hand des Volkes in den Augen der CDU einer Verstaatlichung gleichkäme, denn „das Volk in seiner Gesamtheit kann nur Eigentümer werden über den Staate“⁸.

Er wies darauf hin, dass für die CDU die Begriffe Verstaatlichung und Sozialisierung die gleiche Bedeutung hätten und der Unterschied, der von der SPD in dieser Hinsicht gemacht werde, nicht nachvollziehbar sei.

In der Sitzung am 2. August 1947 erweiterte der Abgeordnete Ernst seine Äußerungen dahingehend, dass es nicht nur darauf ankomme, die bereits bestehenden Industrien in Gemeineigentum zu überführen, sondern auch das hinzukommende Eigentum einer Verwaltung zuzuführen. Aus diesem Grunde sei es notwendig, das Eigentum nicht nur

⁵ „Rhein-Ruhr-Zeitung“ vom 4. August 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1f.

⁶ Stenografischer Bericht über die 10. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 1. August 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 92.

⁷ Stenografischer Bericht über die 10. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 1. August 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 86.

⁸ Stenografischer Bericht über die 10. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 1. August 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 86.

auf das Land zu überweisen, sondern ebenso öffentlich-rechtliche Eigentümsträger einzusetzen.⁹

Der Artikel der „Westfalen-Zeitung“ vom 5. August 1947 ging unter der Schlagzeile „Treuhandverwaltung für Bergbau gefordert“ noch einmal auf die Rede des CDU-Mitgliedes Ernst ein, die dieser am 2. Debattentag gehalten hatte.

Dabei wurde die der Militärregierung vorgelegte EntschlieÙung als taktisch geschickter Kompromiss dargestellt. Es wurde noch einmal darauf hingewiesen, dass es Aufgabe der CDU sein müsse, „(...) der Welt eindeutig zu zeigen, dass wir weder privatkapitalistische noch staatskapitalistische Zusammenballungen wollen, die von einer Hand gelenkt, erneut missbraucht werden können“.

Die Richtung, in die die Überführung der Kohlenindustrie gehe, werde durch das machtveteilende Prinzip des Wirtschaftsprogramms von Ahlen gewiesen.¹⁰

Am 19. August 1947 veröffentlichte der „Neue Westfälische Kurier“ unter der Schlagzeile „Zurückstellung der Sozialisierung – eine Gefahr. Eine Äußerung des Wirtschaftsministers – ‚Arbeit für das Volk, nicht für das internationale Kapital‘“¹¹, einen Artikel, der sich im Zusammenhang mit der Sozialisierung auch mit dem European Recovery Programme beschäftigt. Danach wurde eine Zurückstellung der Sozialisierung oder ein Verzicht darauf als Preis für eine Dollar-Beihilfe aus den USA wegen ihrer Wirkung auf die Bergarbeiter als psychologisch ungeschickt bezeichnet.

Diese Ansicht wurde dem „Neuen Westfälischen Kurier“ von einem Vertreter von dpd aus den Kreisen des Wirtschaftsministeriums von Nordrhein-Westfalen mitgeteilt. Unter Verwendung von Fettdruck wird hervorgehoben, dass die angestrebte Produktionssteigerung auf diese Weise gehemmt werden könne. Vor allem die älteren Bergleute hielten aus politischer Einsicht an der Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an der Verwaltung des Ruhrbergbaus in einer sozialisierten Form fest. Bei ihnen sei der Wille vorhanden, für das Volk zu arbeiten, anstelle für den internationalen Kapitalismus. Eine befriedigende Ausweitung der Kohlenförderung könne nur bei Berücksichtigung dieser Faktoren psychologischer Art erreicht werden.

Zum Abschluss der Landtagsdebatte wurde mit den Stimmen aller Abgeordneten eine Erklärung an die britische Militärregierung verabschiedet. In der Erklärung wird die Militärregierung vom Landtag Nordrhein-Westfalen ersucht, „die Beschlagnahme des Eigentums an der Kohlenwirtschaft aufzuheben und das Eigentum an eine von der Landesregierung zu beauftragende und vom Landtag zu bestätigende deutsche Treuhandverwaltung zu übertragen, damit für die Kohlenwirtschaft eine

⁹ Stenografischer Bericht der 11. Vollsitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 2. August 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 76.

¹⁰ „Westfalen-Zeitung“ vom 5. August 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 1.

¹¹ „Neuer Westfälischer Kurier“ vom 19. August 1947, 2. Jahrgang 1947, S. 2.

gemeinwirtschaftliche Ordnung im Sinne der Regierungserklärung vom 17. Juni 1947 herbeigeführt werden kann“.

Die Formulierung des SPD-Antrages aufgreifend, wonach eine baldige Regelung der Eigentumsverhältnisse des Bergbaues eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundung der Kohlenwirtschaft sei, schließt der Antrag mit der Feststellung, der Landtag vertrete die Ansicht, dass die Einflussnahme unkontrollierbarer Privatinteressen auf die Kohlenwirtschaft unterbunden werden müsse.¹²

Der Gesetzentwurf Nr. 69 betreffend die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, von der SPD eingebracht, wurde einstimmig zur ersten Lesung dem Wirtschaftsausschuss überwiesen.¹³

2.4. Die Debatte um die Sozialisierung der Montanindustrie vom 6. bis 8. April 1948

Aufgrund der schlechten Versorgungslage in der britischen Zone – Lebensmittel mussten zum Teil in erheblichem Umfang aus Großbritannien in die eigene Besatzungszone eingeführt werden – sah sich die britische Regierung dazu veranlasst, das von US-Außenminister George Marshall initiierte European Recovery Programme (ERP) in Anspruch zu nehmen. Da die Gewährung von Krediten aus dem ERP an Bedingungen gebunden war, sollte es für die britische Regierung Schwierigkeiten für die Durchführung der Sozialisierung in ihrer Besatzungszone geben.

Einerseits schreibt Rolf Steiniger, konnte die Regierung Großbritanniens nicht mehr von ihrer Absicht, die Ruhrindustrie zu verstaatlichen, abrücken. Im Foreign Office befürchtete man Unzufriedenheit bei der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, durch die die Abneigung gegen die britische Besatzungspolitik verstärkt würde.

Andererseits war sie auf die US-Kredite aus dem ERP angewiesen, sollte sie der Verantwortung dem eigenen Land und dem Besatzungsgebiet gegenüber nachkommen.

Da aber die USA die Gewährung von Krediten von der Änderung der britischen Wirtschaftspolitik in Richtung auf einen antisozialistischen Kurs abhängig machte, musste sich die britische Militärregierung der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsmitglieder der CDU gegenüber sehen, wollte die diese Kredite in Anspruch nehmen.

¹² Stenografischer Bericht über die 11. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 2. August 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 103.

¹³ Stenografischer Bericht über die 11. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 2. August 1947 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 104.

Die ablehnende Haltung der arbeitnehmerorientierten Interessenvertretungen hätte eine Verschlechterung des Arbeitsklimas und den Rückgang der Kohleförderung nach sich gezogen. Hinzu kam noch, dass Frankreich nach wie vor sich in seiner Sicherheit bedroht fühlte, sollte die Ruhrindustrie nach der Sozialisierung in deutscher Hand bleiben. Zeitlich parallel zur Sozialisierungsdebatte verliefen die Vorbereitungen zur Washingtoner „Kohlen-Konferenz“, die am 12. August 1947 begonnen wurden.

Das Ergebnis der Washingtoner Konferenz bestand in der Errichtung einer von Amerikanern und Briten gebildeten Kohle-Kontrollgruppe, die die Deutsche Kohle-Bergbauleitung überwachen sollte.

Die in Bezug auf die Sozialisierung mit den Amerikanern vereinbarte Abmachung, die Ernennung von Treuhändern, die das Eigentum der Ruhrindustrie verwalten sollten, durch den Bizonen-Wirtschaftsrat in Frankfurt, wurde nicht in die Tat umgesetzt. Die Sozialisierung der Grundindustrien in der britischen Zone wurde folglich aufgeschoben und erst im Frühjahr 1948 wurde die Sozialisierung wieder zu einem Thema der britischen Regierung. Im Februar 1948 passierte der von der SPD vorgelegte Gesetzesentwurf die 2. Lesung und wurde in 3. Lesung am 6. April 1948 vor dem Landtag behandelt.

Um dem von der CDU immer wieder vorgebrachten Argument, die Eigentümerschaft des Landes ziehe automatisch die Verstaatlichung der Betriebe nach sich, entgegenzuwirken, brachte die SPD einen Gesetzesentwurf über die „Selbstverwaltung Kohle“ ein. Der Entwurf sah als oberstes Organ den Kohlenrat vor, der sich aus dem Präsidenten und seinem Stellvertreter, aus der Vollversammlung und den aus der Vollversammlung zu bildenden Ausschüssen zusammensetzte.

Die Aufgaben, die dem Kohlenrat oblagen, waren:

- Organisation
- Planung und zentrale Lenkung
- Produktion, Energie und Verkehr
- Absatz
- Finanzierung
- Rechnungswesen
- Statistik
- Sozialpolitik
- Forschung und Ausbildung

Für die Führung der Geschäfte der Vollversammlung des Kohlenrates sollte ein Direktorium, bestehend aus je einem technischen, kaufmännischen und einem Arbeitsdirektor zuständig sein, die der Vollversammlung verantwortlich sein sollten.¹⁴

Die übrigen Bestimmungen entsprachen dem ersten Gesetzesentwurf der SPD vom Juli 1947.

Der eingebrachte Gesetzentwurf wurde an den Ausschuss zurückverwiesen. Mit 103 Stimmen von SPD, KPD und Zentrum gegen 98 Stimmen von CDU und FDP wurde ein Ersuchen an die Militärregierung beschlossen, wonach sie dazu aufgefordert wurde, die Beschlagnahme der Grundstoffindustrien zur Überführung in Gemeineigentum aufzuheben.¹⁵

Die „Westfalen-Zeitung“ gab in einem Artikel vom 8. April 1947 den vollen Wortlaut der Erklärung wieder, die Konrad Adenauer vor dem Landtagsplenum vorgelesen hatte. Darin hieß es, die CDU bekenne sich zu einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung im Bergbau, wie sie im Ahlener Programm und in der gemeinsamen EntschlieÙung des Landtages vom 2. August 1947 zum Ausdruck gebracht wurde. Der von der SPD vorgelegte Gesetzentwurf zeige in wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Hinsicht erhebliche Mängel. Für die gesetzliche Durchführung der Übergabe des Bergbaus in Gemeinwirtschaft seien zu berücksichtigen, dass neue Eigentumsrechte geschaffen werden, die jegliche wirtschaftliche Machtkonzentration ausschließen sowie der Aufbau und die Organisation des zukünftigen Staates und die Funktion des Landes als Treuhänder in einer dem Land übergeordneten Staatsordnung. Die Erklärung besagt weiterhin, dass die Annahme des Gesetzes dem Land Nordrhein-Westfalen unerträgliche finanzielle Lasten auferlege.

Der Entwurf beinhaltete keine Ausführung über die in der EntschlieÙung vom 2. August 1947 versuchte Eisetzung einer Treuhandverwaltung für den Bergbau.¹⁶

Die „Westdeutsche Rundschau“ setzte sich in einem Kommentar mit der „Propagandasozialisierung“ auseinander.¹⁷ Darin warf sie der SPD vor, in unverantwortlicher Eile den Sozialisierungsantrag durch den Landtag verabschieden lassen zu wollen. Wörtlich heißt es dazu: „(Es) wirft ein bezeichnendes Licht auf die Gründe, die man auf SPD-Seite hatte, das Gesetz jetzt mit einem unverantwortlichen Tempo durch das Plenum zu jagen. Sprechen wir es ganz offen aus: Man braucht Wahlgewinne für die in Aussicht stehenden Gemeindewahlen.“ Weiter wird dazu ausgeführt, dass dies um so nötiger sei, da die Versprechungen vor der Landtagswahl, die Sozialisierung durchzuführen, noch nicht in die Tat umgesetzt worden seien, und nun zumindest nach außen hin dargestellt werden soll, dass man sich darum bemüht habe. Der Gesetzentwurf zeige, dass die SPD aus

¹⁴ Landtagsdrucksachen, 1. Wahlperiode, Dokument Nr. II-358, S. 157, §§ 6 und 7.

¹⁵ Stenografischer Bericht über die 38. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 8. April 1948 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 263 f.

¹⁶ „Westfalen-Zeitung“ vom 8. April 1948, 3. Jahrgang 1948, S. 1.

¹⁷ „Westdeutsche Rundschau“ vom 8. April 1948, 3. Jahrgang 1948, S. 2.

wahltaktischen Gründen handele, da sie die Behandlung von lebenswichtigen Fragen für Europa mit einem eine Schreibmaschinenseite umfassenden Gesetzentwurf regeln wolle.

Zwar sei die Überführung des Bergbaus in deutsches Eigentum notwendig, doch könne man nicht über eine Industrie verfügen, die von der Militärregierung beschlagnahmt sei. Die FDP unterstütze diese Forderung zusammen mit den anderen Parteien. Es widerspräche allerdings dem gesunden Menschenverstand, die Forderung nach Sozialisierung mit der Forderung nach Rückgabe der Industrie in deutsches Eigentum zu verbinden. Die Aufrechterhaltung einer solchen Forderung sei rein demagogische Propaganda, „gegen die man sich mit aller Schärfe wenden müsse“.

Die Ablehnung des Antrages durch die FDP erfolge aus den wirtschaftsprogrammativen Gründen, sowie aus der Sorge um die Oberflächlichkeit des Antrages. Als Beleg für dieses Argument wird die Äußerung von Wirtschaftsminister Nölting zitiert, der umso größere Bedeutung zuzumessen sei, als der Minister ebenfalls SPD-Mitglied sei.

Es heißt in diesem Zusammenhang, dass die Vorbereitungen zur Sozialisierung 8 bis 10 Monate in Anspruch nähmen und zudem die rechtliche Zulässigkeit der Prüfung von internen Geschäftsunterlagen und Belangen, Aufsichtsratsprotokollen etc. noch nicht geklärt sei. Ein auf unzureichenden Unterlagen beruhender Gesetzentwurf sei nicht tragbar.

Nicht angeführt wurden allerdings die Äußerungen des Wirtschaftsministers Nölting, wonach Sozialisierung nicht mit Verstaatlichung gleichzusetzen sei. Zwar hätten die liberalen Marktmechanismen ihre Berechtigung, doch sei gerade bei den Grundindustrien zweifelhaft, „(...) dass ein sich selbst überlassener, ungesteuerter Markt der beste Planer sein würde (...)“¹⁸. Aus diesem Grunde sei die Wirtschaftslenkung zur Herbeiführung und Aufrechterhaltung einer gerechten Sozialordnung und einer besseren Wirtschaftsordnung ein unerlässliches Mittel.¹⁹

In einer Zusammenfassung der Rede des FDP-Abgeordneten Krekeler²⁰ wird noch einmal darauf hingewiesen, dass die SPD diesen Antrag nur aus wahltaktischen Gründen eingebracht habe: „Wie man es dreht und wendet, die einzige Erklärung für ein solches Handeln ist der Wunsch, den mit der Sozialisierungspareole zur Landtagswahl gehalten Wählern zu zeigen, dass man sein Versprechen einzulösen versucht.“ Mit der erneuten Überweisung an den Wirtschaftsausschuss sei den CDU-Mitgliedern ein „Stein vom Herzen“ gefallen, weil es ihnen erspart wurde, eine eindeutige Stellungnahme zu dem ganzen Fragenbereich zu beziehen.

¹⁸ Stenografischer Bericht über die 36. Sitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 6. April 1948 in den Henkel-Werken zu Düsseldorf-Holthausen, S. 257.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.